Wort der Präsidentin

Autor(en): **Anwander Phan-huy, Sibyl**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = Économie et sociologie rurales [1980-2007]**

Band (Jahr): **- (2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie
Société Suisse d'Economie et de Sociologie rurales
Swiss Society for Agricultural Economics and Rural Sociology

Sibyl Anwander Phan-huy, Präsidentin Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie (SGA)

Unsere Fachtagung stand dieses Jahr zu Ehren von Prof. Peter Rieder unter dem Titel: "Der Agrar- und Ernährungssektor in einer Gesellschaft auf dem Weg zur Nachhaltigkeit". Gleich zu Beginn machten Prof. Jakob Nüesch, ehemaliger Präsident der ETH und Dr. Christopher Delgado vom International Food Policy Research Institute (IFPRI)[1] in Washington mit ihren Referaten deutlich, dass Nachhaltigkeit eine globale Dimension haben muss. Dies wird deutlich am enormen, alles umfassenden Wachstumsprozess, an der steigenden Belastung des Ökosystems Erde sowie am immer grösseren Verbrauch von nichterneuerbaren Ressourcen. Die Entwicklungen in den Industrieländern, gerade auch im Agrar- und Lebensmittelsektor, wirken jedoch auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Obwohl nach Nüesch das globale Bewusstsein um begrenzte Ressourcen seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 stark abgenommen hat, müssen dennoch alle Mittel mobilisiert werden, um nachhaltigen Systemen zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei sind es weniger technische Engpässe als vielmehr der Mangel an Einsicht, Denkblockaden und kurzfristige Interessenpolitik, welche nachhaltige Entwicklung verhindern. Delgado betont in seinem Referat die dominante Rolle, die der Landwirtschaft gerade in den Entwicklungsländern zukommt für die Armutsbekämpfung

[1] Siehe auch: http://www.ifpri.cgiar.org

und die Ernährungssicherung. In den nächsten 20 Jahren wird die Weltbevölkerung um 73 Millionen zunehmen, 96 % des Wachstums findet in Gebieten der Dritten Welt statt. Allein für Afrika rechnet man eine Verdoppelung der Bevölkerung. Die Weltbank[2] schätzt, dass bis dann über die Hälfte der Bevölkerung Afrikas unter der absoluten Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag leben wird; 90 % davon in ländlichen Gebieten. Es gibt keine Lösung um diese enormen Probleme anzugehen, welche nicht in ihrem Kern die landwirtschaftliche Entwicklung beinhaltet. Rund drei Viertel (Afrika) bis ein Viertel (Lateinamerika) der Bevölkerung von Entwicklungsländern ist in der Landwirtschaft beschäftigt; Agrargüter machen nahezu zwei Drittel (Afrika) bis ein Viertel (Lateinamerika) aller Exporte sowie rund ein Drittel des Bruttosozialproduktes aus. Delgado weist auf Studien hin, welche gezeigt haben, dass jeder Franken, welcher in die Agrarentwicklung investiert wurde, bis zu 80 Rappen Einkommen in nicht-landwirtschaftlichen Sektoren bewirkte. Dieses Phänomen ist als "agricultural growth linkage" bekannt und macht deutlich, dass die Anbieter von nicht-landwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen im ländlichen Raum kaum einen anderen Absatz haben als die landwirtschaftliche Bevölkerung. Während in Asien und Lateinamerika ein durch neue Technologien induziertes Wachstum der Agrarproduktion die Einkommen der Bauern und insbesondere die Versorgungslage der Bevölkerung verbesserte, scheint eine analoge Entwicklung in Afrika aufgrund der hohen Transaktionskosten nicht möglich. Selbst wenn es gelingt, die Produktion zu erhöhen, ist der Absatz in den armen, subsistenzorientierten ländlichen Gebieten nicht gesichert und ein nationaler oder gar internationaler Handel weitgehend unmöglich. Erst die von aussen finanzierte Entwicklung durch den Anbau, die Verarbeitung und die Vermarktung von Cash-crops macht es möglich, dass Einkommen in die ländlichen Regionen gebracht wird. Bisher kaum genutzte Ressourcen werden nun genutzt, ihre Produktivität wird verbessert und die Kaufkraft für nicht-landwirtschaftliche Güter wird erhöht. Nach Delgado sollten Politiker und Entwicklungsorganisationen folgende Punkte für eine nachhaltige Entwicklung in armen Entwicklungsländern beachten:

a) Ein Wachstum in der kleinbäuerlichen Produktion von handelbaren, oft exportorientierten Agrarprodukten birgt das grösste Potential für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

---

[2] Siehe auch: http://www.worldbank.org

b) Eine liberale Politik und eine proaktive Versorgung mit öffentlichen Gütern bilden jedoch die Voraussetzung für diesen Wachstumspfad.
c) Besondere Achtung ist dem Funktionieren der regionalen Märkte zu schenken, damit die Preissignale auch weitergegeben und die Produktion stimuliert werden.
d) Nur eine sorgfältige und zurückhaltende Intensivierung der Agrarproduktion und geeignete Anreize führen zur ökologischen Nachhaltigkeit.
e) Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und die Steigerung der Einkommen der ländlichen Bevölkerung ist die nachhaltigere Strategie für die Entwicklung selbst der städtischen Gebiete als direkte Investitionen in die Entwicklung der Städte, deren Produktion kaum exportiert werden kann.

Diese agrarbasierte Entwicklungsstrategie bedingt aber, dass die Industrieländer die finanzielle Unterstützung für die internationale öffentliche Agrarforschung ausbauen (und nicht wie in den letzten Jahren zu beobachten, ständig kürzen). Zudem müssen sie die Märkte für Agrarprodukte und Lebensmittel aus den Ländern des Südens (und des Ostens) öffnen.

Anschliessend zeigten Vertreter entlang der Produktionskette auf, welchen Beitrag sie für eine nachhaltige Entwicklung leisten. Dabei kam es zu einer Gegenüberstellung des biologischen Landbaus, der von Biobauer und Berater Markus Wespi gerade auch für Kleinbauern in der Dritten Welt als einzige nachhaltige Produktionsweise verstanden wird mit dem gentechnischen Ansatz, wie er von Dr. Arthur Einsele, dem Vertreter der Novartis Seed AG[3] propagiert wird. Gerade in Entwicklungsländern dominiere die chemische Industrie nicht nur die Märkte, sondern auch die Ausbildung und die Beratung, so dass es schwierig sei, eine Produktion mit wenig Input zu propagieren.

Bei der Novartis ist nicht zuletzt durch die Diskussionen um die Einführung von gentechnisch veränderten Sorten das Bewusstsein gewachsen, dass nachhaltige Systeme auch eine soziale Komponente haben und partizipativ erarbeitet werden müssen. Das Projekt Risiko-Dialog zeigt am Beispiel von gentechnisch verändertem Mais, wie in der Diskussion gemeinsam getragene Ansätze bezüglich der gesellschaftliche Verantwortung gefunden werden können.

---

[3] Siehe auch: http://www.seeds.novartis.com

Auch in der Nahrungsmittelverarbeitung macht man sich Gedanken zur Nachhaltigkeit, wie die Ausführungen von Dr. Jan-Kees Vis von der Unilever NL eindrücklich belegten. Nachhaltigkeit wird bei Unilever als "Triple P" bezeichnet, was für Profit, Planet und People steht. In Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Betroffenen wurden Kriterien und Indikatoren für eine nachhaltige Landwirtschaft entwickelt. Ihre Bemühungen grenzen sich gegenüber dem organischen oder biologischen Landbau ab und gehen vor allem bezüglich sozialer Nachhaltigkeit weiter, wobei grosser Wert auf partizipative Ansätze, institutionelle Entwicklung und gerechten Zugang zu Möglichkeiten und Ressourcen gelegt wird. Seit 1997 wird in verschiedenen gross angelegten Pilotprojekten für mehrere Kulturen die Umsetzung erprobt. Ziel für Unilever ist es, nachhaltige Rohstoffbeschaffungsketten aufzubauen, die auch steigenden Konsumentenansprüchen bezüglich ernährungsphysiologischen und ethischen Kriterien genügen. Ganz analog argumentiert Dr. Felix Wehrle von der COOP mit dem 1993 lancierten Programm Coop Naturaplan[4], wo mit transparenten ökologischen und sozialen Anforderungen an die Produktionsweise der Labelprodukte langfristig das Vertrauen der Konsumenten gewonnen werden soll. Dabei sollen Naturaplan-Produkte sich deutlich abheben vom gesetzlichen Mindeststandard, um den KonsumentInnen einen effektiven Mehrwert zu garantieren. COOP setzt dabei auf Partnerschaftsverträge mit Produzentenverbänden sowie auf neutrale, externe Kontrollen. Der rasch wachsende Umsatz in diesem Segment zeigt, dass dabei auch die wirtschaftliche Komponente nicht zu kurz kommt. Bei einzelnen Sortimentskategorien wie etwa den Milchprodukten beträgt der Anteil von Naturaplan-Produkten bereits über 10 % des Umsatzes. Mit dem Programm Naturaplan (und den anderen Programmen Natura Line im Textilbereich, Oecoplan bei den Non Food Produkten und Cooperación für Produkte aus dem fairen Handel) stellt ein Detailhandelsunternehmen das langfristige strategische Denken bewusst über die kurzfristige Umsatzmaximierung.

Dr. Gérard Viatte von der OECD[5] - übrigens seit vielen Jahren Mitglied der SGA - zeigt die Herausforderung auf, die Liberalisierung der Agrarmärkte mit den Anforderungen der Nachhaltigkeit zu verbinden. Er warnt dabei, den Begriff Multifunktionalität für neue Formen der Protektion zu missbrauchen - nachdem das Protektionsniveau bis 1997 gesunken ist, ist in jüngster Zeit eine Trendwende in Richtung vermehrter

---

[4] Siehe auch: http://naturaplan.coop.ch

[5] Siehe auch: http://www.oecd.org

Agrarschutz zu beobachten. Multifunktionalität sei eher ein Charakteristikum der Agrarproduktion und nicht eigentlich ein politisches Ziel. In der nächsten WTO-Runde wird die Liberalisierung der Agrarmärkte wieder zuoberst auf der Traktandenliste stehen, doch diesmal werden auch wichtige "non-trade concerns" berücksichtigt werden müssen. Die sogenannte "green box" bietet die Möglichkeit, zielgerichtete und produktunabhängige Direktzahlungen auszurichten. Doch Viatte warnte davor, solche Zahlungen als versteckte Einkommensstützung und Produktionsförderungsmassnahmen zu missbrauchen. Zudem dürfe nicht nur umweltfreundliches Verhalten belohnt, sondern konsequenterweise müsse gerade auch im Agrarsektor das Verursacherprinzip bei umweltbelastendem Verhalten herangezogen werden. Nachhaltigkeit oder Multifunktionalität dürften nicht als Argument gegen Handelsliberalisierung herangezogen werden. Vielmehr seien Marktorientierung und freier Handel die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, solange Marktversagen mit zielgerichteten Massnahmen korrigiert werde.

Darauf verlief das Programm in zwei parallel laufenden Themenblöcken: In der einen Session wurden Folgerungen des Gehörten für die Agrarwirtschaft (in der Schweiz) gezogen, in der anderen für die Entwicklungszusammenarbeit. Die jeweils drei Referate waren als kurze Inputs gedacht, brachten aber noch viel zusätzliche Informationen, was allerdings auf Kosten der Zeit für die Diskussion ging.

Sehr informativ waren die Ausführungen von Daniel Zürcher vom BUWAL[6], welcher detailliert die Anforderungen an die schweizerische Agrarpolitik aufgrund der unterzeichneten internationalen Umweltabkommen darlegte. Dr. Urs Gantner vom BLW gab einen progressiv anmutenden Überblick, wie es nach der AP 2002 weitergehen könnte. Regionale Differenzierung bei der Abgeltung von öffentlichen Leistungen, vermehrte Regional- statt Sektorpolitik und Übergangsregelungen zur Abfederung von sozialen Härtefällen können als Stichworte genannt werden. Dr. Jürg Minsch von der BOKU in Wien zeigte anschliessend neue institutionelle Wege für die partizipative Aushandlung von Bewirtschaftungs- und Schutzverträgen auf.

In der Session Entwicklungszusammenarbeit gab Botschafter Walter Fust deutlich zu verstehen, dass für eine nachhaltige Entwicklung im Süden nicht alleine bilaterale und multinationale Hilfe genügt, wie sie über der DEZA seit Jahren im Sinne der Nachhaltigkeit propagiert und

[6] Siehe auch: http://www.buwal.ch

finanziert wird, sondern dass im Norden entscheidene Korrekturen an unserem Lebens- und Wirtschaftsstil nötig sind. Auch er legt grossen Wert auf Partizipation oder "enpowerment" der von Armut und Benachteiligung betroffenen Bevölkerung. Prof. Rolf Kappel erinnerte mit seinen Ausführungen zur Environmental Kuznets Curve (EKC), dass Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung im Süden dringend von einem wirtschaftlichen Wachstum abhängig sind. Die EKC ist eine kontrovers diskutierte Hypothese, die besagt, dass die Umweltbelastung mit steigendem Wohlstand zuerst zu und ab einem bestimmten Niveau wieder abnimmt. Für viele Umweltbelastungen und für viele Länder konnte diese Hypothese empirisch erhärtet werden. Wir müssen also davon ausgehen, dass in den nächsten 20 Jahren die Umweltbelastung in vielen Entwicklungsländern noch zunimmt. Wichtig aus Sicht der internationalen Zusammenarbeit ist es, einerseits zu verhindern, dass irreversible Schäden entstehen. Andererseits müssen wir mithelfen, die betroffene Bevölkerung in diesen Ländern zu befähigen, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Änderungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu bewirken.

Prof. Awudu Abdulai wies schliesslich auf die schwierige Entscheidung in vielen Entwicklungsländern hin, die knappen Mittel zur Agrarförderung entweder auf die guten, fruchtbaren Standorte zu konzentrieren, oder aber besonders die marginalen Gebiete zu fördern. Während in der Vergangenheit in vielen Entwicklungsländern die erste Strategie verfolgt wurde, zeigt sich heute immer mehr, dass dies aus ökologischer und sozialer Sicht nicht nachhaltig ist. Die fehlende Berücksichtigung der ländlichen Gebiete führt zu einer Verschlechterung der ohnehin spärlichen Infrastruktur, zu einer Zunahme der relativen und absoluten Armut und zu einer vermehrten Abwanderung in die ohnehin überfüllten Städte. Dennoch lebt in Asien und in Afrika rund ein Drittel der ländlichen Bevölkerung in solchen marginalen und benachteiligten Gebieten. Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist eine moderate Intensivierung der ländlichen Produktion oder die Förderung von nicht-landwirtschaftlichen Einkommensquellen. Der einseitig auf landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung bedachte Weg der sogenannten "Grünen Revolution" muss in diesen marginalen Gebieten durch einen umfassendere Strategie ersetzt werden, welche von verbesserten Farming systems, vermehrter Partizipation der Betroffenen, von Ausbildung und Beratung sowie vom Ausbau der Infrastruktur begleitet werden muss. Ganz wichtig ist, dass in diesen Gebieten, die in Zukunft einen bedeutenden Beitrag zur Ernährungssicherung leisten müssen, die Hindernisse auf den Input- wie

auf den Absatzmärkten abgebaut werden. Vielleicht wird in diesen Gebieten die Ernährungssicherung weniger vom Einsatz gentechnisch veränderter Sorten als vielmehr vom Zugang zu Krediten für Kleinbauern ohne Sicherheiten abhängen?

Nachhaltige Entwicklung im Agrar- und Ernährungssektor hat nach Meinung der Referenten viel mit Wirtschaft und Soziologie zu tun. Wer an der Schaffung und an der Verbreitung von nachhaltigen Produktionssystemen und Produktketten mitarbeiten will, tut gut daran, das Wesen und die Funktion von Märkten zu verstehen. Genauso wichtig ist es aber, politische Systeme zu verstehen, institutionelle Barrieren für gesellschaftlichen Wandel zu identifizieren und neue Formen der partizipativen Verhandlung von konstruktiven Lösungen zu initiieren. Soziologisches Fachwissen ist in Zukunft verstärkt gefragt. Dieser Eindruck hatte auch Prof. Peter Rieder, der zusammenfassend feststellte, dass mit der weltweiten Liberalisierung der Agrarmärkte und der Anforderung nach nachhaltigen Entwicklung der Ausbildung von Agrarökonomen eine noch verstärkte Bedeutung zukommt. Vertieftes Fachwissen über ökonomische Theorie, ein gutes Verständnis der Marktkräfte und eine gute Ausbildung in soziologischer Theorie und Methodik seien der Beitrag, den das Institut für Agrarwirtschaft an der ETH den jungen Agrarökonomen auf den Berufsweg mitgeben will. Auch die SGA nimmt diese Herausforderung an!

Jahrestagung der SGA

in Zusammenarbeit mit

Société Française d'Economie rurale (SFER)

22./23. März 2001

in der Romandie

La gestion de l'offre et de la qualité dans les marchés agricoles libéralisés – un rôle pour les interprofessions?

Management von Menge und Qualität in liberalisierten Agrarmärkten – eine Aufgabe für Branchenorganisationen?